

Inhaltsübersicht

Einleitung	25
A. Frischer Wind im Übernahmerecht!	25
B. Gang der Untersuchung	28

Kapitel 1

Grundlagen unionsrechtlicher Individualberechtigung	30
A. Individualberechtigung als autonome Figur des Unionsrechts	30
I. Unterschiedliches Verständnis in den Mitgliedstaaten	31
II. Trennung zwischen objektiven Normen und individueller Berechtigung im Unionsrecht	39
III. Abgrenzung zur unmittelbaren Wirkung des Unionsrechts	40
IV. Konsistenz mit der <i>Großkrotzenburg</i> -Judikatur? – Keine Popularklage!	50
V. Zwischenergebnis	51
B. Die theoretische Formation unionsrechtlicher Individualberechtigung	52
I. Ausgangspunkt: Prinzip der mitgliedstaatlichen Rechtsdurchsetzungsautonomie	52
II. Prinzip der einheitlichen Wirksamkeit als Schranke der mitgliedstaatlichen Rechtsdurchsetzungsautonomie	54
III. Rezeption des Abwägungsergebnisses im mitgliedstaatlichen Recht	107
IV. Kritik an der Einhegung der mitgliedstaatlichen Rechtsdurchsetzungsautonomie durch den EuGH	112
C. Zwischenfazit und weitere Untersuchung	116

Kapitel 2

Die Pflichtangebotsregelung in der Übernahmerrichtlinie	117
A. Entwicklung eines europäischen Übernahmerechts	117
I. Erste Harmonisierungsbestrebungen seit Mitte der 70er Jahre	117
II. Richtlinienentwürfe aus den Jahren 1989/90	118
III. Das (erneute) Scheitern der europäischen Übernahmerrichtlinie im Jahr 2001 ...	118
IV. Erfolgreicher Vorstoß im Jahr 2002	119

B. Wesentlicher Inhalt der Übernahmerichtlinie und Bedeutung des Pflichtangebots . . .	121
I. Anwendungsbereich	121
II. Das Übernahmeverfahren	122
III. Das Pflichtangebot – Herzstück der Übernahmerichtlinie	127
C. Zwischenfazit und weitere Untersuchung	131

Kapitel 3

Die Pflichtangebotsregelung im WpÜG und Rechtsschutz der Aktionäre bei unterlassenem Pflichtangebot	133
A. Die Umsetzung des Pflichtangebots im WpÜG	133
I. Gesetzgeberische Intention der Pflichtangebotsregelung	133
II. Ablauf des Pflichtangebotsverfahrens unter Aufsicht der BaFin	134
B. Durchsetzungs- und Sanktionierungsvorschriften	137
I. Erzwingung des Pflichtangebots durch die BaFin	137
II. Sanktionen	138
C. Gerichtlicher Rechtsschutz der Aktionäre auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts . .	140
I. Grundlagen des übernahmerechtlichen Rechtsschutzsystems	140
II. Subjektiv-öffentliches Recht der Aktionäre in den §§ 35 ff. WpÜG?	142
III. Öffentlich-rechtliches „Klagerecht“ der Aktionäre im gerichtlichen Beschwerdeverfahren nach den §§ 48 ff. WpÜG?	153
D. Gerichtlicher Rechtsschutz der Aktionäre auf dem Gebiet des Privatrechts	164
I. Kein Anspruch der Aktionäre gegen den Kontrollerwerber auf Abgabe eines Pflichtangebots aus § 35 Abs. 2 WpÜG	165
II. Kein Andienungsrecht der Aktionäre aus § 35 Abs. 2 WpÜG	167
III. Kein Zahlungsanspruch aus § 31 Abs. 1 Satz 1 WpÜG	168
IV. Kein gesellschaftsrechtlicher Abfindungsanspruch auf Grundlage eines gesetzlichen Schuldverhältnisses	168
V. Kein Abfindungsanspruch der Aktionäre aus gesellschaftsrechtlicher Treuepflicht	170
VI. Kein Anspruch aus c.i.c.	171
VII. Keine deliktischen Ansprüche der Aktionäre gegen den Kontrollerwerber	172
E. Zwischenfazit	177

Kapitel 4

**Unionsrechtliche Rechtsschutzvorgaben: Abwägung zwischen einheitlicher
Wirksamkeit und mitgliedstaatlicher Rechtsdurchsetzungsautonomie** 179

- A. Vorgaben der Pflichtangebotsregelung in der Übernahmerichtlinie i. V.m. dem Subprinzip der einheitlichen Anwendung des Unionsrechts für die deutsche Rechtsdurchsetzung 180
 - I. Erhebliche Beeinträchtigung des Subprinzips der einheitlichen Anwendung durch die praktische Anwendung der §§ 35 ff. WpÜG 180
 - II. Erforderlichkeit der Subjektivierung zur Sicherstellung des Mindestmaßes einheitlicher Anwendung 183
 - III. Angemessenheit der Subjektivierung zur Sicherstellung der einheitlichen Wirksamkeit des Unionsrechts 185
 - IV. Zwischenergebnis 185
- B. Vorgaben der Pflichtangebotsregelung in der Übernahmerichtlinie i. V.m. dem Subprinzip der praktischen Wirksamkeit des Unionsrechts für die deutsche Rechtsum- und durchsetzung 186
 - I. Erhebliche Beeinträchtigung der praktischen Wirksamkeit der Pflichtangebotsregel 186
 - II. Erforderlichkeit eines private enforcement zur Sicherstellung der praktischen Wirksamkeit der unionsrechtlichen Vorgaben zum Pflichtangebot 190
- C. Zwischenfazit und weitere Untersuchung 192

Kapitel 5

Rezeptionsmöglichkeiten 194

- A. Grundlagen der richtlinienkonformen Auslegung 194
- B. Öffentlich-rechtliches „Klagerecht“ der Aktionäre 196
- C. Privatrechtlicher Anspruch der Aktionäre aus §§ 35 Abs. 2 Satz 1, 31 Abs. 1 Satz 1 i. V.m. § 39 WpÜG 197
 - I. Dogmatische Konstruktion und Wahrung der contra legem-Grenze 197
 - II. Eignung zur Sicherstellung der praktischen Wirksamkeit der Pflichtangebotsregelung? 199
 - III. Vor- und Nachteile einer Lösung über ein subjektiv-privates Recht der Aktionäre der Zielgesellschaft aus § 35 Abs. 2 Satz 1 WpÜG 199
- D. Subjektiv-öffentliches Recht der Aktionäre 200
 - I. Dogmatische Konstruktion und Wahrung der contra legem-Grenze 200
 - II. Eignung zur Sicherstellung der praktischen Wirksamkeit der Pflichtangebotsregelung? 201
 - III. Vor- und Nachteile einer Lösung über ein subjektiv-öffentliches Recht der Aktionäre der Zielgesellschaft aus § 35 WpÜG 202

E. Zwischenfazit 203

Kapitel 6

Ergebnis und Folgen für den Rechtsschutz der Minderheitsaktionäre 205

A. Interdependenz zwischen Rechtsdurchsetzungsautonomie und Rechtsdurchsetzung 205

B. Handlungstableau bei Nichtbeachtung der unionsrechtlichen Vorgaben 206

 I. Folgen der Verletzung von Art. 267 Abs. 3 AEUV 206

 II. Folgen der Nichtgewährung subjektiver Rechtspositionen an die Minderheitsaktionäre 209

C. Fazit 209

Zusammenfassung 210

Literaturverzeichnis 214

Sachwortverzeichnis 234

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	25
A. Frischer Wind im Übernahmerecht!	25
B. Gang der Untersuchung	28

Kapitel 1

Grundlagen unionsrechtlicher Individualberechtigung	30
A. Individualberechtigung als autonome Figur des Unionsrechts	30
I. Unterschiedliches Verständnis in den Mitgliedstaaten	31
1. Der remedy-Ansatz im common law-Rechtskreis	31
2. Der Antagonismus zwischen materiellem und prozessuellem Recht in den kontinentaleuropäischen Rechtsordnungen	33
a) Entwicklung des Rechtsdenkens bis zum 19. Jahrhundert	33
b) Differenzierte Entwicklung der Individualberechtigung ab dem 19. Jahrhundert	35
aa) Das Anspruchsdenken des deutschen Rechtskreises	35
bb) Interferenzen zwischen materiellem und prozessuellem Anspruchsdenken in romanischen Rechtskreisen	36
3. Annäherungstendenzen zwischen civil law und common law	37
a) Entwicklungen in England	37
b) Überindividuelle Klagebefugnisse ohne materielle Rechte in Kontinentaleuropa	38
II. Trennung zwischen objektiven Normen und individueller Berechtigung im Unionsrecht	39
III. Abgrenzung zur unmittelbaren Wirkung des Unionsrechts	40
1. Deskriptive Begründung der Abgrenzung	43
a) Etablierung der unmittelbaren Wirkung für das Primärrecht	43
b) Etablierung der unmittelbaren Wirkung für das Sekundärrecht	44
aa) Unmittelbare Wirkung von Richtlinien – Rs. <i>van Duyn</i>	45
bb) Dogmatische Nuancierung der Richtliniendogmatik in der Rs. <i>Ratti</i>	46
cc) Unmittelbare Wirkung von Verordnungen	47
c) Existenz individueller Rechte im nicht unmittelbar wirkenden Unionsrecht	48
2. Normative Begründung der Abgrenzung	49

IV. Konsistenz mit der <i>Großkrotzenburg</i> -Judikatur? – Keine Popularklage!	50
V. Zwischenergebnis	51
B. Die theoretische Formation unionsrechtlicher Individualberechtigung	52
I. Ausgangspunkt: Prinzip der mitgliedstaatlichen Rechtsdurchsetzungsautonomie	52
II. Prinzip der einheitlichen Wirksamkeit als Schranke der mitgliedstaatlichen Rechtsdurchsetzungsautonomie	54
1. Grundlagen der Auflösung von Normenkonflikten	54
a) Differenzierung zwischen Rechtsregeln und Rechtsprinzipien	55
b) Kritik	57
c) Stellungnahme	58
d) Zwischenergebnis	59
2. Begriff der <i>einheitlichen Wirksamkeit</i>	60
3. Rechtsnatur der einheitlichen Wirksamkeit	61
a) Einheitliche Wirksamkeit als Interpretationskriterium?	61
b) Stellungnahme	63
4. Operationalisierbare Subprinzipien	65
a) Subprinzip der einheitlichen Anwendung	65
aa) Normativer Prinzipiengehalt	65
bb) Abwägungsfähigkeit des Subprinzips der einheitlichen Anwendung	67
cc) Abwägungsresistenter Prinzipienkern der einheitlichen Anwendung: Äquivalenzformel	68
b) Subprinzip der praktischen Wirksamkeit	69
aa) Normativer Prinzipiengehalt	69
bb) Abwägungsfähigkeit des Subprinzips der praktischen Wirksamkeit	70
cc) Abwägungsresistenter Prinzipienkern der praktischen Wirksamkeit: Effektivitätsformel	72
dd) Zwischenergebnis	73
c) Subprinzip der funktionalen Subjektivierung	75
aa) Kontrolle als notwendige Voraussetzung der einheitlichen Anwendung: „Ob“ der Subjektivierung	75
(1) Erforderlichkeit funktionaler Subjektivierung infolge des Bedeu- tungswandels des Vorabentscheidungsverfahrens	76
(a) Ziel der europäischen Einigung: Frieden durch Supranationali- tät	76
(b) Zentralisierte Durchsetzung des Gemeinschaftsrechts als Folge konkreter Zielbestimmung im EGKS-Vertrag	77
(c) Dezentralisierter Vollzug des Gemeinschaftsrechts in der EWG als Folge der Zielerweiterung	78
(2) Grundlegung in der Rs. <i>van Gend & Loos</i> – fehlende Subjektivie- rung als strukturelles Defizit einheitlicher Anwendung	82

(3) Einordnung in den prinzipientheoretischen Ansatz der Untersuchung	84
(4) Differenzierung zwischen „Ob“ und „Wie“ der Subjektivierung in der jüngeren EuGH-Rechtsprechung	85
(a) Rechtssache <i>Euromin Holdings (Cyprus)</i>	85
(b) Rechtssache <i>JP</i>	87
(5) Zwischenergebnis	91
bb) Feinsteuerung zielkonformer Durchsetzung: „Wie“ der Subjektivierung	91
(1) Grundgedanke: Subjektivierung zur Nivellierung typischer Schwächen des public enforcement	93
(a) Typische Schwächen des public enforcement	93
(b) Vorteile des private enforcement in bestimmten Regelungskontexten	95
(2) Einordnung in den prinzipientheoretischen Ansatz der Untersuchung: stufenweise Rechtfertigung inhaltlicher Konkretisierungen der Subjektivierung	97
(3) Konkretisierungsstufen der Subjektivierung in der EuGH-Judikatur	98
(a) Durchsetzung des EU-Lauterkeitsrechts – Erforderlichkeit eines private enforcement in der Rs. <i>Muñoz</i>	98
(b) Durchsetzung des EU-Kartellrechts – Erfordernis eines private enforcement in Gestalt eines Schadensersatzanspruchs in der Rs. <i>Courage</i>	99
(c) EuGH-Judikatur zur Durchsetzung von Richtlinienumsetzungsrecht – Bestätigung des prinzipientheoretischen Ansatzes	100
(4) Zwischenergebnis	102
cc) Abwägungsstruktur einer funktionalen Subjektivierung	103
(1) Erforderlichkeit einer Subjektivierung infolge des Subprinzips der einheitlichen Anwendung	103
(2) Erforderlichkeit einer Subjektivierung infolge des Subprinzips der praktischen Wirksamkeit	105
III. Rezeption des Abwägungsergebnisses im mitgliedstaatlichen Recht	107
1. Unionsrechtskonforme Transformation bzw. Auslegung des mitgliedstaatlichen Rechts	107
2. Unmittelbare Wirkung des Prinzips der einheitlichen Wirksamkeit?	110
IV. Kritik an der Einhegung der mitgliedstaatlichen Rechtsdurchsetzungsautonomie durch den EuGH	112
C. Zwischenfazit und weitere Untersuchung	116

Kapitel 2

Die Pflichtangebotsregelung in der Übernahmerichtlinie	117
A. Entwicklung eines europäischen Übernahmerechts	117
I. Erste Harmonisierungsbestrebungen seit Mitte der 70er Jahre	117
II. Richtlinienentwürfe aus den Jahren 1989/90	118
III. Das (erneute) Scheitern der europäischen Übernahmerichtlinie im Jahr 2001 ...	118
IV. Erfolgreicher Vorstoß im Jahr 2002	119
B. Wesentlicher Inhalt der Übernahmerichtlinie und Bedeutung des Pflichtangebots ...	121
I. Anwendungsbereich	121
II. Das Übernahmeverfahren	122
1. Die Angebotsbekanntmachung	122
2. Obligatorischer Inhalt der Angebotsunterlage	123
3. Annahmefrist	123
4. Die Abwehrmaßnahmen	124
a) Transparenzpflichten	125
b) Durchbrechungsregeln	125
c) Das zweistufige Optionsmodell	126
III. Das Pflichtangebot – Herzstück der Übernahmerichtlinie	127
1. Voraussetzungen	127
2. Ökonomischer Hintergrund: Interessenkonflikt bei Kontrollerwerb	128
3. Angemessener Preis	130
C. Zwischenfazit und weitere Untersuchung	131

Kapitel 3

Die Pflichtangebotsregelung im WpÜG und Rechtsschutz der Aktionäre bei unterlassenem Pflichtangebot	133
A. Die Umsetzung des Pflichtangebots im WpÜG	133
I. Gesetzgeberische Intention der Pflichtangebotsregelung	133
II. Ablauf des Pflichtangebotsverfahrens unter Aufsicht der BaFin	134
1. Die Veröffentlichung des Kontrollerwerbs nach § 35 Abs. 1 WpÜG	134
a) Begriff der Zielgesellschaft	135
b) Tatbestand des Kontrollerwerbs	136
2. Pflichtangebot nach § 35 Abs. 2 WpÜG	137
B. Durchsetzungs- und Sanktionierungsvorschriften	137
I. Erzwingung des Pflichtangebots durch die BaFin	137
II. Sanktionen	138
1. Bußgeldverhängung	138

2. Sonstige Rechtsfolgen	139
C. Gerichtlicher Rechtsschutz der Aktionäre auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts ..	140
I. Grundlagen des übernahmerechtlichen Rechtsschutzsystems	140
1. Widerspruchsverfahren	140
2. Beschwerdeverfahren	142
II. Subjektiv-öffentliches Recht der Aktionäre in den §§ 35 ff. WpÜG?	142
1. Das subjektiv-öffentliche Recht in der deutschen Rechtstheorie	143
a) Begriff des subjektiv-öffentlichen Rechts	143
b) Methode zur Ermittlung subjektiv-öffentlicher Rechte: Schutznormtheorie ..	144
2. Keine subjektiv-öffentlichen Rechte der Aktionäre im Hinblick auf das Pflichtangebot aufgrund § 4 Abs. 2 WpÜG	145
a) Begründungsansatz der herrschenden Meinung	145
b) Diskussion über die verfassungsrechtliche Zulässigkeit des Ausschlusses subjektiv-öffentlicher Rechte der Aktionäre nach § 4 Abs. 2 WpÜG	149
c) Diskussion über die unionsrechtliche Zulässigkeit des Ausschlusses sub- jektiv-öffentlicher Rechte der Aktionäre nach § 4 Abs. 2 WpÜG	152
d) Zwischenergebnis	153
III. Öffentlich-rechtliches „Klagerecht“ der Aktionäre im gerichtlichen Beschwer- deverfahren nach den §§ 48 ff. WpÜG?	153
1. Keine Formalisierung der Rechtsmittelberechtigung bei der Verpflichtungs- beschwerde	154
2. Abweichende Anforderungen in der Anfechtungssituation?	154
a) Erzwingbarkeit der Beteiligtenstellung durch die Aktionäre?	155
aa) Keine Beteiligung der Aktionäre nach § 13 Abs. 1 Nr. 2 VwVfG	156
bb) Keine Beteiligung nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 VwVfG als Antragsteller ..	156
cc) Keine Beteiligung nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 VwVfG als Antragsgegner ..	156
dd) Keine Beteiligung aufgrund notwendiger Hinzuziehung nach § 13 Abs. 1 Nr. 4 i. V. m. § 13 Abs. 2 S. 2 VwVfG	157
(1) Kein Anspruch der Aktionäre auf Beteiligung im Verfahren der BaFin zur Entscheidung über die Nichtberücksichtigung von Stimmrechten nach §§ 20, 36 WpÜG	158
(2) Kein Anspruch auf Hinzuziehung bei Entscheidung der BaFin über die Befreiung von der Angebotspflicht nach § 37 Abs. 1 WpÜG ..	158
(3) Kein Anspruch auf Hinzuziehung bei Entscheidung der BaFin über die Untersagung des Angebots nach § 15 WpÜG	159
(4) Kein Anspruch auf Hinzuziehung bei Entscheidung der BaFin über die Gestattung der Angebotsunterlage nach § 14 Abs. 2 WpÜG ...	160
(5) Zwischenergebnis	160
ee) Denkbare Erzwingung der Beteiligung nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 Alt. 1 VwVfG infolge Einlegung eines (offensichtlich erfolglosen) Wider- spruchs nach § 41 WpÜG	160

b) H.M.: Behauptung eines subjektiv-öffentlichen Rechts analog § 42 Abs. 2 VwGO als ungeschriebene (weitere) Sachentscheidungsvoraussetzung der Anfechtungsbeschwerde nach § 48 WpÜG	161
aa) Konturierung der Beschwerdebefugnis durch Literatur und Rechtsprechung in den frühen 2000er Jahren	162
bb) H.M.: Rückgriff auf § 42 Abs. 2 VwGO analog	163
c) Zwischenergebnis: Keine formelle Rechtsposition der Aktionäre mit der Möglichkeit zur objektiven Rechtskontrolle betreffend das übernahme-rechtliche Pflichtangebot	163
D. Gerichtlicher Rechtsschutz der Aktionäre auf dem Gebiet des Privatrechts	164
I. Kein Anspruch der Aktionäre gegen den Kontrollerwerber auf Abgabe eines Pflichtangebots aus § 35 Abs. 2 WpÜG	165
II. Kein Andienungsrecht der Aktionäre aus § 35 Abs. 2 WpÜG	167
III. Kein Zahlungsanspruch aus § 31 Abs. 1 Satz 1 WpÜG	168
IV. Kein gesellschaftsrechtlicher Abfindungsanspruch auf Grundlage eines gesetzlichen Schuldverhältnisses	168
V. Kein Abfindungsanspruch der Aktionäre aus gesellschaftsrechtlicher Treuepflicht	170
VI. Kein Anspruch aus c.i.c.	171
VII. Keine deliktischen Ansprüche der Aktionäre gegen den Kontrollerwerber	172
1. Kein Anspruch der Aktionäre gegen den Kontrollerwerber auf Zahlung von Schadensersatz aus § 823 Abs. 1 BGB	172
2. Kein Anspruch der Aktionäre aus § 823 Abs. 2 BGB i. V.m. § 35 WpÜG ...	174
E. Zwischenfazit	177

Kapitel 4

Unionsrechtliche Rechtsschutzvorgaben: Abwägung zwischen einheitlicher Wirksamkeit und mitgliedstaatlicher Rechtsdurchsetzungsautonomie 179

A. Vorgaben der Pflichtangebotsregelung in der Übernahmerichtlinie i. V.m. dem Subprinzip der einheitlichen Anwendung des Unionsrechts für die deutsche Rechtsdurchsetzung	180
I. Erhebliche Beeinträchtigung des Subprinzips der einheitlichen Anwendung durch die praktische Anwendung der §§ 35 ff. WpÜG	180
II. Erforderlichkeit der Subjektivierung zur Sicherstellung des Mindestmaßes einheitlicher Anwendung	183
III. Angemessenheit der Subjektivierung zur Sicherstellung der einheitlichen Wirksamkeit des Unionsrechts	185
IV. Zwischenergebnis	185

B. Vorgaben der Pflichtangebotsregelung in der Übernahmerichtlinie i. V. m. dem Subprinzip der praktischen Wirksamkeit des Unionsrechts für die deutsche Rechtsum- und durchsetzung	186
I. Erhebliche Beeinträchtigung der praktischen Wirksamkeit der Pflichtangebotsregel	186
1. Defizit der Aufsicht durch die BaFin	186
2. Unbefriedigende Schärfe der Sanktionen	188
3. Umgehbarkeit des Zwecks der Pflichtangebotsregelung durch gesetzliche Lücken	188
II. Erforderlichkeit eines private enforcement zur Sicherstellung der praktischen Wirksamkeit der unionsrechtlichen Vorgaben zum Pflichtangebot	190
1. Geeignetheit	190
2. Mildere Mittel?	190
3. Bestimmung der erforderlichen Konkretisierung	191
4. Angemessenheit	192
C. Zwischenfazit und weitere Untersuchung	192

Kapitel 5

Rezeptionsmöglichkeiten 194

A. Grundlagen der richtlinienkonformen Auslegung	194
B. Öffentlich-rechtliches „Klagerecht“ der Aktionäre	196
C. Privatrechtlicher Anspruch der Aktionäre aus §§ 35 Abs. 2 Satz 1, 31 Abs. 1 Satz 1 i. V. m. § 39 WpÜG	197
I. Dogmatische Konstruktion und Wahrung der contra legem-Grenze	197
II. Eignung zur Sicherstellung der praktischen Wirksamkeit der Pflichtangebotsregelung?	199
III. Vor- und Nachteile einer Lösung über ein subjektiv-privates Recht der Aktionäre der Zielgesellschaft aus § 35 Abs. 2 Satz 1 WpÜG	199
1. Nachteile	199
2. Vorteile	199
D. Subjektiv-öffentliches Recht der Aktionäre	200
I. Dogmatische Konstruktion und Wahrung der contra legem-Grenze	200
II. Eignung zur Sicherstellung der praktischen Wirksamkeit der Pflichtangebotsregelung?	201
III. Vor- und Nachteile einer Lösung über ein subjektiv-öffentliches Recht der Aktionäre der Zielgesellschaft aus § 35 WpÜG	202
1. Nachteile	202
2. Vorteile	202
E. Zwischenfazit	203

Kapitel 6

Ergebnis und Folgen für den Rechtsschutz der Minderheitsaktionäre 205

A. Interdependenz zwischen Rechtsdurchsetzungsautonomie und Rechtsdurchsetzung 205

B. Handlungstableau bei Nichtbeachtung der unionsrechtlichen Vorgaben 206

 I. Folgen der Verletzung von Art. 267 Abs. 3 AEUV 206

 1. Informelle Kontaktaufnahme mit der Kommission zum Zwecke der Einleitung
 eines Vertragsverletzungsverfahrens nach Art. 258 AEUV 206

 2. Verfassungsbeschwerde wegen Verletzung von Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG ... 207

 3. Unionsrechtliche Staatshaftung der BRD 208

 4. Beschwerde vor dem EGMR 208

 II. Folgen der Nichtgewährung subjektiver Rechtspositionen an die Minderheitsak-
 tionäre 209

C. Fazit 209

Zusammenfassung 210

Literaturverzeichnis 214

Sachwortverzeichnis 234